

DIE EUROPÄISCHE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT INSBESONDERE IN SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN STÄRKEN

Eine global wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft ist unverzichtbar, um die grüne und digitale Transformation erfolgreich zu meistern und langfristig Wohlstand und Beschäftigung in der EU zu sichern.

Mit der aktualisierten Industriestrategie hat die Europäische Kommission neue Ideen zur Gestaltung der europäischen Industriepolitik vorgelegt. In den kommenden sechs Monaten wird es darum gehen, die Strategie weiter mit Leben zu füllen und ihre Umsetzung ambitioniert voranzutreiben.

Ein zentraler Baustein zur Stärkung von Schlüsseltechnologien und zur Verringerung strategischer Abhängigkeiten sind die sog. „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI), bei welchen sich mehrere Mitgliedstaaten und Unternehmen zusammenschließen und das europäische Beihilferecht modifiziert wird, um eine stärkere staatliche Förderung zu ermöglichen.

ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN MADE IN EU

Konkret geplant sind neue IPCEIs zu Wasserstoff, zur Entwicklung und Produktion von Mikrochips sowie zu Cloud-Technologien. Insbesondere im Bereich Mikroelektronik hat die Europäische Kommission für das 2. Quartal 2022 einen Europäischen Chips Act angekündigt, durch den die europäische Entwicklung und Produktion gestärkt werden soll.

DEN BINNENMARKT VERTIEFEN UND SOZIAL AUSGESTALTEN

Der Binnenmarkt als das Herzstück der EU muss weiter vertieft und seine Krisenresilienz erhöht werden. Hierzu ist es auch notwendig, Hürden bei der Umsetzung der bereits geltenden Regeln weiter zu analysieren und abzubauen, wie es im Rahmen der Taskforce zur Durchsetzung der Binnenmarktregeln (SMET) derzeit geschieht. Außerdem hat die Europäische Kommission ein Binnenmarkt-Notfallinstrument angekündigt, zu dem voraussichtlich unter französischem Vorsitz die Verhandlungen aufgenommen werden. —>

WORTMELDUNG

„AUF SCHWUNG, STÄRKE, ZUGEHÖRIGKEIT“

Von Januar bis Juni 2022 übernimmt Frankreich die Ratspräsidentschaft der EU. Wie Staatspräsident Emmanuel Macron bei der Vorstellung seiner Prioritäten betonte, wird Frankreich dieser Verantwortung mit Ehrgeiz und Bescheidenheit nachkommen.

Angesichts der Krisen und steigenden Spannungen wird die französische Präsidentschaft einen dreifachen Leitfaden verfolgen: Aufschwung, denn Europa muss in der Lage sein, die großen Herausforderungen unseres Jahrhunderts zu bewältigen; Stärke, denn Europa muss seine Werte und Interessen in der Welt behaupten können; und Zugehörigkeit, denn Europa braucht die Unterstützung seiner Bevölkerung. Der EU ist es gelungen, 2020 einen historischen Wiederaufbauplan zur Bewältigung der Gesundheitskrise auf den Weg zu bringen. Ich möchte Ihnen die Prioritäten im wirtschaftlichen Bereich darlegen. Die EU muss jetzt ein neues europäisches Wachstumsmodell schaffen und ihre strategische Souveränität stärken. Dies geschieht über die Entwicklung innovativer Industriezweige, um nicht in strategische Abhängigkeiten zu geraten. Frankreich beabsichtigt daher, gemeinsame Projekte zu Wasserstoff, Cloud, Halbleitern, Gesundheit und Raumfahrt zu fördern, wie wir es bereits bei den Batterien getan haben. Investitionen und Innovationen müssen heute auf europäischer Ebene gedacht werden.

Frankreich schlägt eine Überprüfung der europäischen Fiskalregeln vor, die Investitionen in den ökologischen Wandel ermöglichen sollen. Wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutzziele in Einklang zu bringen, um Europa bis 2050 CO₂-neutral zu machen und dabei unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten, ist von größter Bedeutung. Das ist das Ziel des Fit-for-55-Gesetzespakets, das vorangetrieben werden soll. Um dies zu unterstützen und die Verlagerung von CO₂-Emissionen zu verhindern, möchte Frankreich insbesondere den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus verabschieden und eine Handelspolitik fördern, die mit den Klimazielen im Einklang steht. Ferner wird Frankreich vorschlagen, die Regelungen für die Digitalisierung abzuschließen, ohne dabei die Innovationsfähigkeit einzubüßen. —



ANNE-MARIE DESCÔTES

ist außerordentliche und bevollmächtigte Botschafterin der Französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland